

Niederschrift über die
Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 14.05.2018
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Siegel

Mitglieder des Verwaltungs-, Schul-
und Kulturausschusses: Kreisräte/innen

Sczuka, Holzwarth, Dr. Ketterer, (CDU)

Wersch, Mößner, Dr. Ulfert, Kölz
(ab 15:00 Uhr)

Kelemen, Hestler, Möhrle (SPD)

Hesky, Friedrich, Häuser, Jasper (Freie Wähler)

Besa, Brodersen, Wägner (GRÜNE)

Lenk, Haußmann (ab 15:34 Uhr) (FDP-FW)

Throm (AfD)

Kober (LINKE/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder: Bauer (SPD)

Hofer (FDP-FW)

Entschuldigte Ausschussmitglieder: Klopfer (SPD)

Meißner (FDP-FW)

Ferner: Erster Landesbeamter Kretzschmar

Dezernent Geißler

Dr. Vogt, Amtsleiter für Schulen, (Top 2)

Bildung und Kultur

Geschäftsführer Braune, Kreisbau- (Top 4)

gruppe

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 16:30 Uhr

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen

Drucksache 2018/088

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2018/088 und erläutert diese anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er betont die Möglichkeit der stufenweisen Umsetzung und weist ergänzend darauf hin, dass die Preise bei anhaltender Hochkonjunktur im Baubereich auch noch höher liegen könnten.

Kreisrat Sczuka begrüßt die vorgelegten Unterlagen, die Ausfluss eines längeren Vorbereitungsprozesses seien. Grundsätzlich teile die CDU-Fraktion die Auffassung der Verwaltung, dass man auf einem guten Wege sei. Nachdem heute die erste öffentliche Behandlung erfolge, müsse der Nutzen und Zweck einer Standortkonzentration hervorgehoben und transparent gemacht werden, da sonst der Vorwurf erhoben werden könne, dass nach dem Klinikneubau nun auch noch 100 Mio. Euro für die Landkreisverwaltung aufgewendet werden sollen. So erinnere er daran, dass auch die Null-Lösung und Beibehaltung des Status Quo Geld koste. Ebenso gelte es deutlich zu machen, welche Vorteile die Konzentration bringe. Außerdem bitte er aufzuzeigen, welche Disziplinen in welchen Gebäuden vorgesehen seien. Seine Fraktion sei sich jedoch nicht sicher, ob es sinnvoll sei, 28 Mio. Euro in die Sanierung der Pagode zu investieren, oder alternativ einen Neubau zu erstellen.

Kreisrat Hestler erklärt, es werde versucht, den Kreistag trotz der hohen Schuldenlast davon zu überzeugen, dass ein Neubau auf einen Zeitraum von 50 Jahren gerechnet billiger komme, als den bisherigen Zustand zu belassen. Dabei werde aber nicht erwähnt, dass dann wieder neu gebaut werden müssen. Auffallend sei auch, dass der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Waiblingen für den Neubau befürworte, obwohl dieser sich sonst gegen finanzielle Zugeständnisse an den Kreis sei. Die im Rahmen der Klausurtagung am 01.03.2018 aufgezeigten Gebäudeschäden seien für ihn, mit Ausnahme des Kreisjugendamtes, nicht glaubhaft. Demzufolge könne sich der Kreis in der momentanen Situation die genannten Ausgaben, die er bei 150 Mio. Euro sehe, nicht leisten. Als Kompromiss kommen nur ein Neubau für das Jugendamt und ein Wohngebäude für sozial Be-

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

nachteiligte in Frage.

Kreisrat Hesky erklärt, unglaublich sei nur gewesen in Winnenden eine neue Klinik zu bauen, die die Kreisumlage entlasten sollte. Im vorliegenden Fall seien jedoch die Fakten ausschlaggebend die, bezüglich des Gebäudezustands eindeutig seien. Er würde es für fatal halten, wenn nur ein Jugendamt gebaut würde, zumal hierfür der Standort Röttestr. fraglich sei. Bei der Begehung sei die Notwendigkeit einer Immobilienkonzeption deutlich geworden. Die Vorschläge von Landrat Dr. Sigel, stufenweise und nach Haushaltslage vorzugehen, werde unterstützt. Es sei richtig, dass die Fraktion der Freien Wähler sonst in Sachen Kreisumlage kritisch sei, hier gehe es aber um notwendige Investitionen im Interesse eines modernen Dienstleisters und Arbeitgebers. Man verlasse sich auf die schrittweise Umsetzung und er erinnere an die Aufgabe der früheren Klinikstandorte. Hieraus sehe er eine Verpflichtung gegenüber der Stadt Waiblingen, wenn an der Winnender Str. zugunsten einer Wohnbebauung kein Sozialdezernat geschaffen werde und sich die Kreisverwaltung in der Innenstadt konzentriere sowie im Bereich des Parkdecks eine städtebauliche Lücke geschlossen werden könne.

Kreisrat Lenk erklärt, er sei nicht glücklich, dass das Immobilienkonzept mit dem Klinikneubau in Verbindung gebracht werde und man sei nicht in der Pflicht gegenüber einer Stadt. Es gehe vielmehr um die beste Lösung für den Kreis. Der Prozess habe nun zwei Jahre gedauert und seien viele Alternativen diskutiert worden. Der Vorzug der nun vorliegenden Lösung sei, dass das Landratsamt in seinem Kernbestand in der Stadt Waiblingen bleibe. Außerdem könne das Postareal für andere Nutzungen freigemacht werden. Ein weiterer Vorteil sei, dass eine Umsetzung Zug um Zug ohne Interimbauten erfolgen könne. Erfreulich sei auch, dass dies ohne festes Zeitraster realisiert werden könne. Allerdings tue sich auch die FDP-FW-Fraktion schwer mit der Sanierung der Pagode ohne echten Mehrwert. Dankbar sei auch, dass die Realisierung flexibel im Kontext zur Haushaltslage durchgeführt werden könne.

Kreisrätin Besa hebt die Wichtigkeit hervor, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, nicht nur im Kreisjugendamt zu verbessern. Es seien zwar schon mehrere Varianten diskutiert worden, aber hinsichtlich der Kritik an der Sanierung des Pagodenbaus, müsse auch die energetische Sanierung beachtet werden. Des Weiteren halte sie einen Zeit- und Kostenplan für notwendig, damit man nicht

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

irgendwann vor einem halbfertigen Werk stehe.

Landrat Dr. Sigel erwidert zu den vorstehenden Redebeiträgen, bereits vor seinem Amtsantritt sei mit dem Sozialdezernat ein neues Verwaltungsgebäude geplant gewesen. Bei dieser Planung sei jedoch der Sanierungsrückstau am Alten Postplatz nicht berücksichtigt worden. Über den Umfang und den zeitlichen Ablauf könne man diskutieren, aber der Sanierungsbedarf und angemessene Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten in der Vergangenheit keine Rolle gespielt. Das Vorhaben sei sinnvoll, da auch die Null-Lösung Kosten verursache. Es gehe ihm um eine Gesamtplanung und nicht nur über ein Gebäude, über das die Gremien zu entscheiden hätten. Wichtig sei, dass mit realistischen Zahlen gerechnet werde und auch städtebauliche Aspekte berücksichtigt würden. Zunächst gehe es um einen Grundsatzbeschluss für ein Gesamtpaket und um die Erweiterung. Hierzu sei auch eine Lenkungsgruppe eingerichtet worden, damit der Kreistag mit steuern könne. Auch der Personalrat sei frühzeitig mit eingebunden worden.

Kreisrat Kelemen merkt an, dass das die Thematik noch abschließend in den Fraktionen beraten werden müsse. Wichtig sei, dass eine Priorisierung im Interesse der Bürgerschaft und der Beschäftigten erfolge. Eine Zusage gegenüber der Stadt Waiblingen für ein Sozialdezernat sei ihm nicht bekannt, allenfalls von einer Kompensation hinsichtlich einer Aufstockung der Verwaltung in den betroffenen Städten. Persönlich könne er mit einer Aufstockung des Parkdecks als erstem Bauabschnitt z.B. für das Kreisjugendamt, gut leben. Auch die Pagodensanierung sei nicht in seinem Sinne. Weiter wichtig sei ein sinnvolles Verkehrskonzept und die finanzielle Gesamtsicht im Auge zu behalten.

Kreisrat Bauer spricht sich für eine Verbesserung der Arbeitsabläufe aus. Er vermisse eine Aussage über die Zukunft der Standort Backnang und Schorndorf im Interesse einer Gesamtschau. Die Parkdecklösung finde er attraktiv, es müsse jedoch neben der verkehrlichen Erschließung auch eine Abstimmung mit der Polizei wegen der Baustelleneinrichtung erfolgen.

Kreisrat Dr. Ketterer weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung nur eine Kenntnisnahme erfolge solle. Ihm sei aber wichtig, dass in der Beschlussempfehlung des VSKA am 18.06.2018 sich auch die schrittweise Vorgehensweise wiederfinde. Er halte es auch nicht für möglich, die Verschuldung

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

um bis zu 150 Mio. Euro zu erhöhen. Deswegen sei wichtig bald zu erfahren, wie die finanziellen Be- und Entlastungen aussehen. Von der Konzentration erhoffe er sich auch eine effizientere Arbeitsweise der Verwaltung.

Kreisrätin Brodersen zeigt sich erstaunt, dass Fragen, die bei der Klausurtagung diskutiert worden seien, nun erneut aufgeworfen würden. Sie bitte auch zu beachten, dass Gebäude Verschleißerscheinungen unterworfen seien, auf die reagiert werden müssten.

Landrat Dr. Sigel stellt zusammenfassend fest, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit früheren Projekten, ein ausführlicher Gesprächsbedarf notwendig sei, weshalb das Thema nunmehr auch über zwei Jahre diskutiert worden sei. Fakt sei, dass aufgrund des Gebäudebestands die Notwendigkeit bestehe, etwas zu unternehmen. Er betont nochmals, dass eine ganzheitliche Planung erfolge und einzelne Stufen umgesetzt werden könnten, dies jedoch nicht vollständiger Beliebigkeit. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Throm, die drei- bzw. vierstufige Umsetzung bedeute, dass die Rötestr. von der Kreisbaugruppe realisiert werden sollen.

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe, berichtet ergänzend, das Gelände der ehemaligen Ludwig-Schlaich-Akademie sei erworben worden, um Flächen für die Kreisverwaltung sicherzustellen. Wohnungsbau wäre zwar grundsätzlich auch möglich gewesen, mit der Stadt Waiblingen sei man jedoch übereingekommen, dass dies die Entwicklungsperspektiven der Firma Bosch beeinträchtigen würde. Angedacht sei, das Gesundheitsamt dort unterbringen. Bezüglich der Klinikareale erinnere er daran, dass es Zusagen gegeben habe, an den bisherigen Standorten Gesundheitszentren zu errichten. Nachdem dies in Waiblingen nicht zustande gekommen sei, sei als Substitut ein Soziales Landratsamt aufgezeigt worden. Auch er halte es für sinnvoll eine Konzentration in Waiblingen durchzuführen, auch wenn die Sanierung der Pagode diskutiert werden könnte.

Landrat Dr. Sigel weist des Weiteren darauf hin, dass auch die anderen Verwaltungsstandorte betrachtet worden seien. Die Gebäude in Backnang seien in einem guten Zustand und in Schorndorf sei man nur Mieter. Die Baustelleneinrichtung für das Parkdeck sei noch nicht geprüft, da man erst ein Konzept haben wolle, das von einem möglichst breiten Konsens getragen werde. Es könne eine schritt- und stufenweise Umsetzung erfolgen, wobei er nochmals betone, dass diese nicht beliebig

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

sei und die finanzielle Betrachtung ganzheitlich sein solle. Die Rötistr. sei zwar ein Projekt der Kreisbaugruppe, im Gesamtinvest jedoch berücksichtigt. Ferner wiederholt er nochmals das Angebot der Verwaltung, weitere Erläuterungen in den Fraktionen vorzunehmen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugruppe

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

§ 2

Sachstandsbericht zum Schullandheim Mönchhof

Drucksache 2018/056

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur, Herr Dr. Vogt, erläutert die Drucksache 2018/056 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Hestler erklärt, der Bericht sei sehr gut aufbereitet worden. Er sei auch zuversichtlich, dass das neue Konzept eine Erfolgsgeschichte werde, was sicher auch auf den Klimalehrpfad zutrefte. Den Preisnachlässen für den Winter werde zugestimmt. Er bitte noch um Erläuterung, was unter der genannten Personalanpassung zu verstehen sei.

Kreisrat Sczuka spricht seinen Dank auch an die bisherige Hausmeisterfamilie Kugler aus. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion für eine reduzierte Sanierung gewesen sei, was sich nun bewahrheitet habe. Allerdings bitte er nochmals um eine Aufschlüsselung der Einsparungen. Gegenüber dem ursprünglich prognostizierten Defizit habe sich nun gezeigt, dass man auf dem richtigen Weg sei, der fortgesetzt werden müsse.

Kreisrätin Brodersen bedankt sich ebenfalls für den Bericht und die positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Wirtschaftlichkeit. Erfreulich sei auch, dass nun gegenüber früheren Forderungen sich wegen der hohen Sanierungskosten vom Mönchhof zu trennen, eine andere Lösung gefunden worden sei. Auch wenn die bisherige Hausmeisterfamilie das Schullandheim positiv geprägt habe, gebe es mit der neuen Leitung eine höhere Flexibilität, was sich auf die Belegung niederschlagen werde. Sie wundere sich, dass die Schülergruppen zurückgegangen seien. Eine Kostenreduzierung bei der Winterbelegung sei vorstellbar, wobei man hier zunächst eine Probezeit anrege. Sie wolle außerdem wissen, ob der der Klima-Lehrpfad vollständig von der Kreissparkasse übernommen werde und wie dieser geplant sei.

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

Kreisrätin Möhrle bittet um nähere Erläuterung, wie bei einer Reduzierung des Personals um 50 %, die Leistungen ohne eine Qualitätsminderung erbracht werden sollen.

Kreisrätin Besa bittet um Auskunft, ob die per Stellenausschreibung gesuchte Heimleitung und Hauswirtschaftsleitung nun besetzt worden sei. Zudem interessiere sie, ob die Dienstwohnung bezogen werde und eine gegenseitige Vertretung erfolge.

Kreisrat Lenk bedankt sich namens der FDP-FW-Fraktion und erklärt, dies sei ein Musterbeispiel, dass trotz maßvollem Mitteleinsatz Einsparungen möglich seien, was auch bei einer eventuellen Sanierung des Landratsamtspagodenbaus beachtet werden solle. Positiv sei, dass neue Besuchergruppen erschlossen werden sollen, weshalb noch mehr Werbung bei allen allgemeinbildenden Schulen gemacht werden solle, zumal es einen hohen pädagogischer Wert bedeute, ein Schullandheim zu besitzen. Hier seien auch Verknüpfungen mit anderen erlebnispädagogischen Einrichtungen oder Naturschutzverbänden denkbar.

Landrat Dr. Sigel antwortet zu den vorstehenden Redebeiträgen, grundsätzlich könne auch hier nur eine schwarze Null beim operativen Geschäft angestrebt werden. Die Investitionen müssten wohl weiterhin vom Kreis getragen werden. Was die Reduzierungen im Winter betreffe, müssten mögliche Spielräume und Angebote untersucht werden. Der Klimalehrpfad sei ein Wunsch gewesen im Kontext mit der energetischen Sanierung. Man hoffe, dass hier der Zuschussantrag bei der Stiftung der Kreissparkasse auskömmlich sei.

Amtsleiter Dr. Vogt ergänzt, beim Personal sei es darum gegangen, eine 50 %-Stelle einzusparen, nicht die gesamte Stellenzahl. Eine Verbesserung solle in der Personalstruktur erreicht worden, wo man zusätzlich von der künftigen Hausleitung und Hauswirtschaftsleitung noch aus den Hilfskräften, eine Beiköchin ausgebildet werden solle. Dadurch könnten diese Kräfte am Wochenende unabhängig voneinander eingesetzt werden und die Leitungen sich vertreten. Der neue Heimleiter werde eine der beiden sanierten Dienstwohnungen beziehen, die ebenfalls saniert würden. Außerdem seien nun die Dienst- und Privatküche getrennt worden. Bezüglich der Belegungsstruktur gehe die Klassenbelegung zurück, wogegen die thematische Nutzung, wie Chor-/Theater-AG oder Einfüh-

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

zungstreffen z.B. von Ausbildungsbetrieben bzw. Hochschulen zunehme. Einen Rückgang sei zwar auch bei der Familienbelegung zu verzeichnen, hier würden jedoch positive Impulse aus den reduzierten Winterangeboten erhofft. Die Kosten für die Heizung würden zwar nicht zurückgehen, der Nutzen liege hier aber bei der CO₂-Einsparung.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, in nicht ausgelasteten Monaten (November bis März) Preisnachlässe auf die festgesetzten Preise zu gewähren, um die Attraktivität des Schullandheims und damit die Auslastung zu erhöhen.

Auszüge:

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

1 Amt für Finanzen

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

§ 3

Sachstandsbericht - Flüchtlingsunterbringung

Drucksache 2018/129

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und auf den aufgelegten 10. Newsletter zum Stand der Flüchtlingsunterbringung. Er berichtet, dass sich die Abrechnung der Kostenerstattung durch das Land doch bürokratischer gestalten wie erwartet, man bemühe sich jedoch, den Vorgaben nachzukommen und auch mit den Kommunen sei man im Hinblick auf die Fehlbelegungsabgabe auf einem guten Weg für praktikable Lösungen.

Erster Landesbeamter Kretschmar erläutert die Drucksache 2018/129 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Hestler erklärt, ihm falle auf, dass die Modalitäten mit dem Land in der Sitzungsvorlage durchgehend kritisiert würden. Insofern wundere er sich über die Zuversicht bezüglich der Kostenerstattung bis zum Sommer. Erfreulich seien die Ergebnisse beim Thema Fehlbelegungsabgabe.

Kreisrat Hesky begrüßt namens der Fraktion der Freien Wähler die dargestellte und erreichte Situation. Er bitte zu beachten, dass die Städte und Gemeinden die Unterkunftskosten für geduldete Bewerber tragen müssten, die sich länger als 24 Monate aufhalten würden. Auch er begrüße die gemeinsamen Anstrengungen, um Fehlbelegungsabgaben zu vermeiden.

Kreisrat Lenk schließt sich dem an und erklärt, dass im Rückblick auf kommunaler Ebene Großartiges geleistet wurde, auch wenn in der Notsituation nicht Alles optimal gelaufen sei. Er hoffe auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit wenn es darum gehe, das Land hinsichtlich seiner Zusagen in die Pflicht dafür zu nehmen. Die Fehlbelegungsabgabe sei aus seiner Sicht auch positiv, da so eine unmittelbare Zuweisung an die Kommunen, ohne vorhandene Unterkünfte vermieden worden sei. Ferner interessiere ihn, ob es auch im Rems-Murr-Kreis Probleme bei der Altersfeststellung von minderjährigen Flüchtlingen gegeben habe.

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

Kreisrat Friedrich erklärt, vor dem Hintergrund der Spannungsfelder und Herausforderungen in den Kommunen z.B. der Unterbringung in Gemeindehallen und den Zuweisungen sowie Vorgaben des Landes, sei der Kreisverwaltung für das Erreichte zu danken.

Kreisrat Throm sieht keinen Handlungsbedarf der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land wenn die Ausreisepflicht bei geduldeten Flüchtlingen nicht umgesetzt werde und die Konsequenzen den Land- bzw. Stadtkreisen aufgebürdet werden.

Kreisrat Sczuka schließt sich dem Dank an die Landkreisverwaltung an, auch wenn es beim Abbaukonzept noch Einiges zu erledigen sei. Es gebe auch eine Spaltung in der Bevölkerung in der Thematik, die es gemeinsam zu lösen gelte. Zu kritisieren sei z.B., dass die Fahrkosten zu verpflichtenden Sprachkursen vom Jobcenter auf 5,50 Euro limitiert seien.

Landrat Dr. Sigel entgegnet zu den vorstehenden Redebeiträgen, man habe regierungsunabhängig beim Innenministerium immer offen und direkt angesprochen, wo es Probleme gegeben habe und Verbesserungen notwendig waren. Es sei zwar richtig, dass das Land kritisch nachfrage, aber es könne nicht sein, dass die damalige Notsituation nicht berücksichtigt werde. Ihm sei wichtig gewesen, mit den Städten und Gemeinden Vorort eine hohe Akzeptanz zu erreichen.

Erster Landesbeamter Kretschmar antwortet ergänzend, es sei richtig, dass der Kreis die Kosten für Geduldete nicht beeinflussen könne, weshalb hier der Landkreistag auch wegen der Kostentragung aktiv sei. Für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer sei das Jugendamt zuständig, deren Unterbringung und Altersfeststellung hohe Kosten verursache. Bei der Nachprüfung gegenüber der Erstaufnahmestelle hätten sich keine problematischen Fälle gezeigt.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Amt für Besondere Hilfen und Flüchtlinge

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

§ 4

Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH

Drucksache 2018/110

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft erläutert die Drucksache 2018/110 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig mit 1 Enthaltung:

1. Der Rems-Murr-Kreis gewährt ein atypisches Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH in Höhe von 500.000 Euro.
2. Die Konditionen für dieses Darlehen werden festgelegt mit einer dreiprozentigen nachschüssigen Verzinsung sowie der Endfälligkeit des Darlehens zum 31. Dezember 2028.
3. Die zweckentsprechende Mittelverwendung ist dem Rems-Murr-Kreis spätestens ein Jahr nach Mittelabruf nachzuweisen.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Amt für Finanzen

1 Kreisbaugesellschaft

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

§ 5.1

Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel verweist auf die aufgelegte Drucksache 2018/136 – Bericht zur Stellenbesetzung im Landratsamt Rems-Murr-Kreis.

Auszüge:

1 Haupt-und Personalamt

Niederschrift Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

§ 5.2

Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel bedankt sich bei der Stadt Schorndorf bzw. den Stadtwerken Schorndorf für die neuen Netzanschluss-Tarife des Beruflichen Schulzentrums Schorndorf.

Auszüge:

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert